

Der lange Weg ins Parlament

Migranten Jeder Dritte im Land hat Wurzeln im Ausland, doch in der Politik spielt dieser Teil der Bevölkerung eine untergeordnete Rolle. Eine Petition soll nun eine Debatte lancieren.

Dominic Wirth

Die Schweiz, ein Land der Einwanderer: Mit jedem Jahr gilt dieser Satz mehr. Derzeit haben laut Zahlen des Bundesamts für Statistik rund 37 Prozent der ständigen Wohnbevölkerung über 15 Jahren einen Migrationshintergrund. Das sind 2,6 Millionen Menschen; eine knappe Million von ihnen besitzt den Schweizer Pass.

Die Schweiz, ein Land der Einwanderer: Das sagen die Zahlen der Statistiker. In der Politik aber, in den Parlamentssälen und den Regierungszimmern des Landes, ist davon noch wenig zu spüren. Das gilt für die lokale Ebene wie die kantonale. Und natürlich auch für die nationale, für das Bundeshaus in Bern – obwohl die Schweiz seit letztem Jahr mit Ignazio Cassis ihren ersten eingebürgerten Bundesrat hat.

Jeder Zwanzigste im Bundeshaus

Das Parlament führt kein Buch darüber, wie viele seiner Mitglieder einen Migrationshintergrund haben. Einen Anhaltspunkt liefert aber eine Auswertung von Nenad Stojanovic, Politikwissenschaftler an der Universität Luzern. Der Tessiner mit bosnischen Wurzeln, der einst selbst für die SP im Luganeser Gemeinde- und später im Tessiner Kantonsparlament sass, hat nach den jüngsten nationalen Wahlen im Jahr 2015 die Familiennamen der gewählten Politiker unter die Lupe genommen. Sämtliche Namen, die vor 1940 in einer Schweizer Gemeinde das Bürgerrecht besaßen, hat er dabei als Schweizer Politiker gewertet. Parlamentsmitglieder, deren Nachnamen erst später auftauchen, gelten als solche mit Migrationshintergrund. Mit dieser Methode errechnete Stojanovic einen Migranten-Anteil von 5,5 Prozent im National- sowie 6,5 Prozent im Ständerat.

Das sind Zahlen, die Rupan Sivaganesan nicht gefallen. Der 36-Jährige ist einst aus Sri Lanka eingewandert. Als er 2006 eingebürgert wurde, dauerte es nur drei Monate, bis er in den Zuger Kantonsrat gewählt wurde. Das Fernsehen betitelte dies damals als «Politmärchen», doch so schön diese Geschichte auch ist: Sie ist eine Ausnahme. «Es geht nicht, dass Schweizer mit Migrationshintergrund in der Politik völlig untervertreten sind», sagt SP-Kantonsrat Sivaganesan.

Der Zuger ist auch Gesamtkoordinator von «Gewählte Stimme», einer Organisation, die den Migranten eine stärkere politische Stimme geben will. In diesen Tagen hat sie eine Petition lanciert, die es sich zum Ziel gesetzt hat, mehr zugewanderte Schweizer in die Politik zu bringen. «Menschen mit Migrationshintergrund machen in der Schweiz rund einen Drittel der Bevölkerung aus. Es ist dringend nötig, dass dieser grosse und wichtige Teil der Bevölkerung besser repräsentiert wird», sagt Sivaganesan, der findet, dass die heutige Zusammensetzung etwa des Nationalrats kein bisschen zeitgemäss mehr sei. «Die Bauern zum Beispiel sind doch im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung in der Schweizer Politik übervertreten, Migranten dagegen untervertreten», sagt er.

«Gewählte Stimme» nimmt die Parteien in die Pflicht. Migranten sollen nicht nur als potenzielle Wähler umworben, sondern auch als Politiker gezielt gefördert werden, etwa mit guten Listenplätzen. Politikwissenschaftler Stojanovic sagt, dass die Parteien es durchaus in der Hand hätten, Kandidaten mit Migrationshintergrund in den Vordergrund zu rücken. Als Beispiel nennt der Forscher den italienischstämmigen SP-Politiker Angelo Barrile. Der Zürcher schaffte 2015 auch dank seines guten Listenplatzes den Einzug



Rupan Sivaganesan politisiert seit 2006 im Zuger Kantonsrat.

Bild: Stefan Kaiser (Zug, 18. Dezember 2014)

in den Nationalrat. Die SP ist jene Partei, die sich am stärksten dafür einsetzt, Migranten zu fördern. Sie widmet ihnen auch als einzige Schweizer Partei auf nationaler Ebene eine offizielle Untergruppe.

Auch die Migranten sind in der Pflicht

Das Engagement der Parteien ist das eine; das andere ist das der Migranten. Ist ihre schwache Vertretung in der Schweizer Politik auch Ausdruck eines kleinen Interesses an der Politik in der neuen Heimat? Nenad Stojanovic hat dazu zwar nicht geforscht, aber persönliche Erfahrungen gemacht. Für ihn liegt es auch an den Migranten selbst, dass es trotz der vielen Einwanderer aus den Balkanländern in den letzten 25 Jahren noch niemand ins Bundeshaus geschafft hat. «Meiner Erfahrung nach interessieren sich Migranten aus Ex-Jugoslawien weniger für Politik und engagieren sich demzufolge auch seltener. Ich glaube, dass das mit ihren Kriegserfahrungen zu tun hat und dem schlechten Eindruck, den sie aus ihrer Heimat von Politikern haben», sagt Stojanovic, der in Sarajevo geboren wurde.

Auch Rupan Sivaganesan nimmt nicht nur die Parteien in die Pflicht, sondern auch die Migranten. «Es ist wichtig, dass wir auch zeigen, dass wir uns engagieren und aktiv beteiligen wollen», sagt er. Gleichzeitig wendet sich der 36-Jährige mit seiner Petition aber an die Wähler. «Sie sollten den Migranten vermehrt ihre Stimme geben», sagt Sivaganesan. Dass es bisher andersherum läuft, hat Forscher Stojanovic kürzlich nachgewiesen. Eine Auswertung der Parlamentswahlen in sechs Zürcher Gemeinden hat etwa ergeben, dass Kandidaten mit ausländischen Namen öfter gestrichen und seltener kumuliert wurden als ihre Konkurrenten mit Schweizer Namen.

Wasseralarm mit Problemen

Bevölkerungsschutz Im ganzen Land haben gestern während einer Minute rund 5000 stationäre Sirenen geheult. Laut Kurt Münger, Sprecher des Bundesamts für Bevölkerung (Babs), hat der allgemeine Alarm «gut» funktioniert. Die Fehlerquote habe zwei Prozent betragen. Bei der Auslösung des Wasseralarms sind allerdings in mehreren Kantonen Probleme aufgetreten. Diese sollen laut dem Babs so bald wie möglich behoben werden. Die rund 2200 mobilen Sirenen sind dagegen nur teilweise getestet worden.

Ergänzend zum Alarmsystem via Sirenen und Radio wird die Bevölkerung auch über Alertswiss informiert. Im Herbst 2018 soll eigens dafür eine App lanciert werden. Denn insbesondere die rund eine Million Menschen mit einer Hörbehinderung im Land werden mit dem traditionellen Sirenenalarm nur ungenügend erreicht. 2017 hatten Gehörlosenverbände noch in vier Städten wegen Diskriminierung demonstriert. (sda)

Eine Untersuchung jagt die andere

Verkehr Die Geschäftsprüfungskommission und die eidgenössische Finanzkontrolle fordern Antworten der Post, wie es zum Missbrauch der Subventionen kommen konnte.

Was hat die Führungsspitze der Post über die Buchhaltungstricks bei der Postauto AG gewusst? Waren Boni und Gewinnvorgaben mitverantwortlich dafür, dass die Verantwortlichen des Busunternehmens widerrechtlich Subventionen abgezweigt haben? Und: Wieso dauerte es zehn Jahre, bis die illegalen Machenschaften aufflogen?

Ein Tag nachdem der Subventionsskandal bei der Post publik wurde, stehen viele Fragen im Raum – und die Politik will diese geklärt wissen. Die Geschäftsprüfungskommission des Ständerats will das Gebaren der Post an der nächsten Sitzung vom 23. Februar besprechen. Auch die zuständige Subkommission wird die Schummeleien thematisieren. «Es braucht Aufklärung», sagt SP-Ständerat Claude Héche (JU), der die Subkommission präsidiert. «Es muss geklärt werden, wer innerhalb der Post von den

Bilanztricks wusste.» Héche sagt, die Kommission behalte sich vor, eine eigene Untersuchung zu eröffnen, wolle sich aber mit anderen Stellen absprechen, bevor sie selbst tätig werde.

Aufsichtsbehörde gerät ebenfalls in Kritik

Wie gestern bekannt wurde, wird neben der Post und des Bundesamts für Verkehr auch die Eidgenössische Finanzkontrolle eine vertiefte Prüfung der Postauto AG vornehmen. Geprüft werde die Führungsstruktur sowie die Beziehungen innerhalb der Gruppe, sagte der Direktor der Finanzkontrolle Michel Huissoud zu einem Bericht von Schweizer Radio SRF. In diesem Rahmen könnten auch Gewinnvorgaben und Bonussysteme untersucht werden, kündigte er an. Dabei könnte auch die Konzernleitung der Post ins Visier der Finanzkontrolleure geraten. «Wir starten

«Ich wundere mich, dass es zehn Jahre dauern musste, bis das Bundesamt auf die Missstände aufmerksam wurde.»

Thomas Ammann
Nationalrat (CVP/SG)

bei der Postauto-Gruppe, vielleicht gehen wir auch nach oben», sagte Huissoud dazu.

Während die Post die Fragen erst spät abends und unverbindlich beantwortete, wird zunehmend auch das Bundesamt für Verkehr hinterfragt, das den Skandal aufgedeckt hat. «Ich wundere mich, dass es zehn Jahre dauern musste, bis das Bundesamt als Aufsichtsbehörde auf die Missstände aufmerksam wurde», sagt CVP-Nationalrat Thomas Ammann (SG). In einem Vorstoss, den er in der Frühlings-session einreichen will, wirft er unter anderem die Frage auf, ob die Kontrollen nicht vertieft werden müssten und eine Aufstockung des Personals angezeigt wäre. Auch einzelne Kantone hatten in der Vergangenheit moniert, dass das Bundesamt nur zögerlich gegen die Post vorgehe.

Roger Braun

Mit Netzpistole gegen Drohnen

Weltneuheit Kleine, bewaffnete Drohnen gelten seit einigen Jahren als neue Bedrohung an Veranstaltungen. Am WEF in Davos kam im Januar erstmals ein neues System zur Anwendung. Die gestern vorgestellte Neuentwicklung aus Chur holt Drohnen mittels eines Netzes vom Himmel. Das sogenannte Drohnen-Abwehrsystem sieht aus wie eine Pistole mit extradickem Schalldämpfer und passt in einen Handkoffer. Es verschiebt ein zwei mal zwei Meter grosses Netz aus reissfesten Kunststofffasern, das sich kurz nach dem Abschuss im Flug aufspannt. Es wickelt sich in die Rotoren der sogenannten Multikopter und bringt sie sofort zum Absturz. Die Reichweite beträgt 30 bis 50 Meter.

Ein Koffer mit Schussgerät und fünf Netz-Ladungen kostet je nach Vertriebsland 4000 bis 5000 Euro. In der Schweiz gilt das Gerät als Waffe. Zu deren Kauf ist ein Waffenerwerbsschein nötig, für den Einsatz ein Waffenschein. (sda)